

Ankunft in Bonn beim Protokollchef beschwert hatte, legte das Amt diese Frage dem Bundeskanzler zur Entscheidung vor. Er entschied, dass die Zahl „nur wenig über 50“ liegen solle.¹¹⁹ Man blieb bei einer Zahl zwischen 60 und 70.¹²⁰ Diese Zahl war von den westdeutschen Abschirmdiensten immer noch gut unter Kontrolle zu halten.

Der erste sowjetische Botschafter in Bonn

In der Frage der diplomatischen Beziehungen hatten die Sowjets von Anfang an eine auffällige Eile erkennen lassen. Ihre Einladung an den Kanzler vom 7. Juni folgte keine fünf Wochen nach der deutschen Ratifikation der Pariser Verträge. Sie hatten zunächst gehofft, Adenauer werde noch vor der Genfer Gipfelkonferenz nach Moskau kommen. Aber sie akzeptierten seine Gründe, erst im September zu reisen. Sie machten es bei den Moskauer Gesprächen überdeutlich, dass ihr Interesse ganz auf den Austausch von Botschaftern konzentriert war. Das Ergebnis der Moskauer Begegnung war, dass Adenauer dem Tauschgeschäft Gefangene gegen diplomatische Beziehungen zustimmte. Die Sowjets hielten Wort und begannen – erneut in unerwartet raschem Tempo – Anfang Oktober 1955 mit der Repatriierung der gefangenen Deutschen. Die Bundesregierung zeigte aber keine vergleichbare Eile, ihre Zusage zu erfüllen. Die Pariser Verhandlungen zogen sich mühsam hin. Als man sich in Paris endlich geeinigt hatte, standen die Sowjets sofort mit ihrem Botschafter vor der Bonner Tür.

Agrément für Valerian Sorin

Die westdeutsche Presse hatte Vermutungen angestellt, wer Moskaus erster Repräsentant in Bonn sein werde. Vor allem Semjonow wurde genannt, aber auch der Ostberliner Botschafter Puschkin und der stellvertretende Leiter der

Westeuropaabteilung, Lapin. Man hatte nicht angenommen, dass es ein Mann sein würde, der im Außenministerium wie in der Partei wesentlich höher eingestuft war. Valerian Alexandrowitsch Sorin war seit Ende 1947 einer der drei stellvertretenden Außenminister. Er war beim Besuch Adenauers überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Man war sich in den Kreisen der „Kreml-Astrologen“ sehr schnell einig darüber, dass die Wahl eines so gewichtigen Mannes aus der sowjetischen Hierarchie ein weiterer Beweis dafür war, mit welchem Elan der Kreml in Bonn auftreten wollte.

Das Agrément für ihn wurde am 12. Oktober über den Pariser Kanal beantragt. Sorin, damals 53 Jahre alt, war in den ersten Nachkriegsjahren Botschafter in Prag gewesen. Es wurde in den Bonner Regierungskreisen ziemlich lange und laut darüber diskutiert, welche Rolle er bei der sowjetischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei („Prager Fenstersturz“) 1948 gespielt hatte und ob die Moskauer Absicht, sich auch die Bundesrepublik einzuverleiben, durch die Entsendung gerade dieses Mannes nicht überdeutlich würde.¹²¹ Die Sowjets ließen sich durch die ausbleibende Antwort aus Bonn und die Diskussion um Sorins Vergangenheit zu einer zornigen Reaktion provozieren. Sie stellten, wie erwähnt, die Rückkehrertransporte vorläufig ein, und mahnten wenig später durch ihre Botschaft in Paris die Erteilung des Agréments an.¹²² Die Bonner Antwort lautete, man habe nichts gegen die Person des Herrn Sorin einzuwenden, aber man müsse erst mit den Verhandlungen über die Botschaften zu Ende kommen. Nach ungewöhnlich langer Wartezeit entschloss sich die Bonner Regierung, den ersten Moskauer Botschafter doch nicht länger hinzuhalten. Das Agrément wurde am 24. November erteilt.

Sobald das Botschaftsgelände mit Kanzlei und Residenz in Rolandseck halbwegs bezugsfertig geworden war, kam Sorin in Bonn an. Die Handwerker waren noch im Haus. Das Datum seiner Ankunft war denkbar ungünstig ge-

wählt. Er stieg am 20. Dezember auf dem Flughafen Wahn aus einer Sondermaschine, als in Bonn schon der allgemeine Weihnachtsurlaub begonnen hatte. Er wurde „kaum mit einem Mindestmaß an Höflichkeit“ seitens der Regierung, aber mit einem großen Presseaufgebot am Flughafen empfangen.¹²³ Erst 18 Tage nach seiner Ankunft konnte er sein Beglaubigungsschreiben an Bundespräsident Heuss überreichen. Alle seien im Weihnachtsurlaub, war die stereotype Entschuldigung, die weder Sorin noch seine Moskauer Oberen vorausgesehen hatten. Ihre Deutschlandkenntnisse waren an den Verhältnissen in der DDR ausgerichtet, wo die traditionelle deutsche Weihnachtseligkeit erheblich reduziert war. Am 4. Januar wurde er vom Außenminister zum Antrittsbesuch empfangen, der in höflichen Gesprächswendungen verlief.¹²⁴

Sorins Aktivitäten

Sorin war nicht begeistert über das alte Hotel direkt an der Hauptstraße im abseits gelegenen Vorort Rolandseck, das den Sowjets vom Auswärtigen Amt als Kanzlei angeboten worden war. Es lag eingepfercht zwischen einer der meist befahrenen deutschen Bahnlinien, der damals noch ebenso stark frequentierten Bundesstraße 9 und dem konkurrierenden Motorenlärm der Rheinschifffahrt. Aber Sorin stürzte sich mit bemerkenswertem Elan in die Aufgaben, die man ihm in Moskau aufgetragen hatte. Er absolvierte ein übervolles Programm an Antrittsbesuchen, wie es sonst bei neuangekommenen Botschaftern keineswegs üblich war. Er besuchte die Oberbürgermeister der größten Städte, machte seine Aufwartung bei den Landesregierungen – außer der von West-Berlin, für die nach sowjetischer Auffassung sein Kollege Puschkin in Ost-Berlin zuständig war¹²⁵ – und legte Kränze in den Geburtshäusern von Karl Marx und Ludwig van Beethoven nieder.

In Bonn betrachtete man diese Umtriebigkeit Sorins zu-



Der Bundespräsident empfängt den ersten sowjetischen Botschafter in Bonn, Valerian Sorin, zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens: v.l. von Brentano, Sorin, Dolmetscher, Heuss (BPA)

nächst mit mildem Amüsenent. Das Bundeskabinett beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung des Jahres 1956 mit der schwierigen Frage, wie die an alle Minister verschickten Neujahrsglückwünsche des Herrn Sorin zu beantworten seien, der doch vor Überreichung seines Beglaubigungsschreibens noch gar nicht in Aktion treten dürfe. Man beschloss, einen nur „formellen Dank“ auszusprechen.¹²⁶ Schon eine Woche später hatte die Ministerrunde Gelegenheit, den sowjetischen Botschafter lange und ausführlich zu beleuchten. Der Kanzler ärgerte sich über die deutschen Journalisten, die sich um Sorin drängten. Das Kabinett nahm Anstoß daran, dass er zu den Länderregierungen fahren und jeden einzelnen Bundesminister aufsuchen wolle.¹²⁷ Die Vermittlung zwischen den fremden Botschaften und den Bundesministerien war in Bonn wie in anderen Staaten das eifersüchtig gehütete Vorrecht des Auswärtigen Amtes. Noch weniger mochte man es hinnehmen, dass Sorin, seine Mitarbeiter und die zahlreich anrollenden Delegationen aus der UdSSR bei ihren Besuchen in deutschen Firmen und Fabriken gegen die Bundesregierung Stimmung machten. Sie erzählten den deutschen Firmenvertretern, in den 20er Jahren, den goldenen Jahren der deutsch-sowjetischen Beziehungen, habe manche deutsche Maschinenfabrik 80 % ihrer Aufträge aus Russland bezogen.¹²⁸ Diese Zeiten könnten zurückkehren, wenn die Bonner Regierung dem Versprechen Adenauers in Moskau nachkäme und die Gespräche über einen Handelsvertrag endlich beginnen könnten. Aus der Firma Krupp wurde gemeldet, dass die Sowjets angeregt hätten, in Bonn „etwas Dampf“ zu machen.¹²⁹ Vor diesen Aktivitäten der Moskauer Diplomaten hatte die Bundesregierung schon vor der Ankunft Sorins Sorgen gehabt, wie von Brentano im Auswärtigen Ausschuss unumwunden zugab. Er befürchtete, dass „die Wohnung von Herrn Sorin ein sehr begehrter Aufenthalt wird, wo man glaubt, bei Kaviar und anderen Genüssen politische Gespräche führen zu können, die nicht dem deutschen Interesse dienen“¹³⁰.

Erste Beschwerden

Schon zwei Wochen nach Sorins Akkreditierung schickte von Brentano einen Brief an den Bundeskanzler, in dem er über die „steigende Aktivität der sowjet-russischen Botschaft“ Klage führte.¹³¹ Der Kanzler und sein Außenminister hätten den Weg wählen können, den Protokollchef zu beauftragen, ein klärendes Gespräch mit dem Botschafter zu führen. Schließlich tat Sorin nichts anderes, als was die meisten Botschafter als ganz normales Geschäft betreiben, nämlich bei der Regierung des Gastlandes für eine bestimmte Politik oder für den Abschluss bestimmter Verträge zu werben. Nur tat er es nicht in der üblichen Form, nämlich einer Demarche bei einem Vertreter der Bundesregierung, deren Türen aber meistens verschlossen blieben, sondern indem er durchs Land zog und die Trommel rührte. Man hätte Sorin, dem Neuling, sagen können, wo nach Bonner Gepflogenheit die Grenzen zwischen zulässiger diplomatischer Werbung und unzulässigen Aktivitäten lagen. Aber Adenauer gab seinem Minister freie Hand, den Sowjetbotschafter ohne vorherige mündliche Abmahnung sofort schriftlich zu rüffeln.

Dies tat von Brentano, der sonst nur die vielen tadelnden Briefe seines Kanzlers empfang, mit erkennbarem Engagement. „Im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers“ rügte er den Botschafter. Er habe „eine kritische Würdigung der Politik der Bundesregierung“ unternommen (dies beruhte auf einer Information des italienischen Botschafters) und er versuche, „indirekt auf die Politik der Bundesregierung einzuwirken“¹³². Sorin griff nach entsprechender Weisung aus Moskau auch zur Feder und antwortete dem Minister, seine Behauptungen entbehrten jeder Grundlage. Er ging seinerseits zum Angriff über, und beschwerte sich über die „Märchen“, die in Teilen der Presse über ihn und seine Botschaft verbreitet würden. Der Minister solle auf diese Zeitungen „einen entsprechenden Einfluß ausüben“¹³³.

Eine solche Zumutung, er solle zugunsten des Sowjetbotschafters in das Grundrecht der Pressefreiheit eingreifen, veranlasste den Minister nun doch dazu, den Botschafter zu einem klärenden Gespräch ins Auswärtige Amt zu zitieren. Nach der Aktennotiz war es ein Gespräch, das nur Vorwürfe und Belehrungen enthielt. Es wurde daraus kein politisches Gespräch über die beiderseitigen Beziehungen und die Fortsetzung der Moskauer Verhandlungen vom September. Brentano ging bei seinen Belehrungen so weit, dass er den Botschafter ermahnte, nicht immer von der „Deutschen Bundesrepublik“ zu sprechen, sondern den korrekten Namen „Bundesrepublik Deutschland“ zu verwenden. Damit es dem Botschafter besser im Gedächtnis bliebe, sprach von Brentano ihm die russische Übersetzung von „Bundesrepublik Deutschland“ vor.¹³⁴

Auch der Protokollchef fand einen Anlass, den Botschafter einzubestellen und ihn zu ermahnen. Angehörige seiner Botschaft waren zum Wohnungsamt der Stadt Bad Godesberg gegangen und hatten verbilligte Wohnungen aus dem sozialen Wohnungsbau beantragt. Erst über den Regierungspräsidenten in Köln habe das AA davon erfahren. Solche Anträge seien stets beim Protokoll des Auswärtigen Amtes einzureichen.¹³⁵

Die angeblich zurückgehaltenen Sowjetbürger

Die Gereiztheit des Umgangs wurde noch verschärft durch sowjetische Protestnoten zur Ballonaffäre und zur Repatriierung der im Krieg verschleppten Sowjetbürger, die Sorin der Bundesregierung zu überbringen hatte. Besonders zum letzteren Thema fielen die beiderseitigen verbalen Angriffe immer heftiger aus. Bulganin hatte das Thema der angeblich in der Bundesrepublik zurückgehaltenen Sowjetbürger am letzten Tag der Moskauer Verhandlungen aufgebracht, und Adenauer konnte ihm dazu nichts sagen.

Sobald der Kanzler aus Moskau zurückgekehrt war, wurde das Thema in Bonn nachbearbeitet. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamts lebten am 1. Januar 1955 im Bundesgebiet 13.314 sowjetische Staatsangehörige. Daneben gab es 51.094 Staatenlose, von denen die Sowjets wohl zahlreiche für sich beanspruchen würden, vor allem die 23.360 Staatenlosen aus den besetzten baltischen Staaten. Das ergäbe aber immer noch nicht 100.000. Das Auswärtige Amt schickte sofort einen Runderlass an alle Auslandsvertretungen, mit dem der eventuellen sowjetischen Propaganda entgegengewirkt werden sollte. Darin hieß es:

- Die weitaus meisten ehemaligen Zwangsverschleppten wurden bis 1949 durch die in den Westzonen tätigen sowjetischen Repatriierungskommissionen zurückgeführt.
- Alle in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Flüchtlinge können auch heute noch jederzeit auf eigenen Wunsch zurückkehren.
- Eine zwangsweise Abschiebung ist allerdings nicht möglich wegen des Asylrechts nach Artikel 16 des Grundgesetzes und wegen Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention.¹³⁶

Die sowjetische Seite ließ das Thema nicht erkalten. Das Präsidium des Obersten Sowjet veröffentlichte am 17. September 1955 eine „Amnestie sowjetischer Bürger, die in der Periode des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945 mit den Okkupanten kollaborierten“. Ihnen wurde bei Rückkehr Straffreiheit und eine Arbeitsstelle versprochen. In Ostberlin wurde ein „Komitee für die Rückkehr in die Heimat“ gegründet, das die bundesdeutschen Stellen zur Kooperation bei der Rückführung aufforderte.¹³⁷ Aber nur wenige der ehemaligen Fremdarbeiter entschlossen sich, auf das Angebot einzugehen, obwohl sie in der Bundesrepublik vielfach unter der Armutsgrenze in sogenannten Rus-senlagern lebten. Die Jüngeren und Arbeitsfähigen hatten nach 1945 Wege zur Auswanderung in die westlichen Staa-

ten gefunden. Die übrigen waren in Westdeutschland geblieben, und misstrauten den angeblich besseren Lebensbedingungen in der alten Heimat.¹³⁸

Moskau beschuldigte „feindselige Emigranten-Organisationen“, dass sie die in „Verschleppten-Lagern“ armselig lebenden ehemaligen Fremdarbeiter „mißhandeln und terrorisieren“, um sie von der Heimkehr abzuhalten. In einer Note, die Sorin überreichte, wurden namentliche Einzelfälle von Heimkehrwilligen genannt, die in einem Kloster, einer Irrenanstalt oder Gefängnissen festgehalten und daran gehindert würden auszureisen. Nach Pressemeldungen suchten Angehörige der Sowjetbotschaft in deutschen Krankenhäusern nach gewaltsam zurückgehaltenen Sowjetbürgern. Sorin soll im Auswärtigen Amt die Beschuldigung erhoben haben, seine Landsleute würden zu medizinischen Versuchen missbraucht.¹³⁹ Die Bundesregierung veröffentlichte voller Empörung die sowjetische Note in ihrem Bulletin unter der Überschrift „Ebenso haltlose wie ungeheuerliche Beschuldigungen“. In ihrer Antwortnote bot sie jedoch die Rückführung in die Sowjetunion von 31 „heimatlosen Ausländern und ausländischen Flüchtlingen“ an, die in Gefängnissen einsaßen und denen ihre Reststrafe erlassen werden könne.¹⁴⁰ Schließlich wollte man die weiter laufenden Bemühungen um die Heimkehr der deutschen Zivilverschleppten aus Russland nicht unnötig erschweren.

Sorins Rückversetzung

Valentin Falin, einer der späteren Moskauer Botschafter am Rhein, bedauerte seinen Vorgänger Sorin, der in Bonn auf „Ablehnung, Zurückhaltung, Mißtrauen“ gestoßen sei.¹⁴¹ Der FDP-Politiker Erich Mende erinnerte sich: „Auf dem Bonner Parkett wurden die Sorins geschnitten und gemieden wie Aussätze ... Auch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier fiel dieser Boykott auf. Er intervenierte bei Außenminister von Brentano, aber es blieb dabei, daß sich

für Valerian Sorin in Bonn keine Tür öffnete, kein Gespräch mit der Bundesregierung zustande kam.“¹⁴² Gerstenmaier, der sich schon seit 1952 für diplomatische Beziehungen mit Moskau ausgesprochen und dem Kanzler entsprechende Briefe geschrieben hatte, versuchte, den drohenden Schaden zu verhindern. Er arrangierte auf dem Petersberg ein Abendessen, um die Minister und führende Parlamentarier mit Botschafter Sorin zusammenzuführen. Der Außenminister sagte ab und ließ sich durch Hallstein vertreten.¹⁴³ Denn Brentano hatte die in diplomatischen Kreisen beneidete, aber nur selten durchführbare Gewohnheit, dass er an gesellschaftlichen Einladungen nur teilnahm, „wenn es mir persönlich Freude macht und wenn ich ein echtes menschliches Gespräch führen will“¹⁴⁴.

Schon im März sickerten in Bonn die ersten Gerüchte über ein Revirement durch, das auch Sorin einschließen werde. Die Sowjetregierung habe eingesehen, dass Sorin durch eine von oben gesteuerte Kampagne in Bonn isoliert sei.¹⁴⁵ Im Juli, nach einem halben Jahr auf dem Bonner Parkett, ging er nach Moskau zurück, und wurde wieder einer der drei stellvertretenden Außenminister. Seine Abreise geschah so rasch, dass er keine Zeit mehr für einige der üblichen Abschiedsbesuche hatte. Von Staatssekretär Hallstein verabschiedete er sich nur schriftlich, worauf dieser nach Moskau antwortete, er hoffe, „daß die Erfahrungen, die Sie in Deutschland haben sammeln können, Ihnen stets von Nutzen sein mögen“.¹⁴⁶

Außenminister von Brentano gab sich ungerührt. Er deutete die plötzliche Abberufung Sorins als ein Zeichen, dass man in Moskau mit ihm und seiner Arbeit nicht zufrieden war.¹⁴⁷ Der Kanzler bedauerte in seinen Memoiren: „Die Beziehungen zwischen Moskau und Bonn waren eisig.“ Ihm waren inzwischen Bedenken gekommen, ob man Sorin richtig behandelt habe. „Sorin wurde, das muß ich feststellen, nicht sehr freundlich in der Bundesrepublik aufgenommen. Ich bedaure diesen Umstand.“ Aber Adenauer

schob die Alleinschuld dem Auswärtigen Amt zu. Er habe dem Außenminister von Brentano deshalb „einen sehr ernststen Brief“ geschrieben.¹⁴⁸

Damit machte er sich die Sache aber nun wirklich zu einfach. Es ist richtig, dass er von Brentano schriftlich rügte, aber das war nur wegen des mageren Empfangs bei Sorins Ankunft. „In den Zeitungen stand“, schrieb Adenauer, „daß Frau Pappritz ihn in Empfang nehmen würde.“¹⁴⁹ (Frau Erica Pappritz, die stellvertretende Protokollchefin des AA, war durch ihr „Buch der Etikette“, aus dem die Journalisten gerne Stilblüten pflückten, bundesweit bekannt geworden.) Der unterkühlte Empfang Sorins war nur eine von sieben Beschwerden in diesem „sehr ernststen Brief“ und wäre vielleicht unterblieben, wenn nicht ausgerechnet Frau Pappritz in der Presse als Repräsentantin der Bundesrepublik Deutschland genannt worden wäre.

Aber die entscheidenden Fehler bei der Behandlung Sorins wurden später begangen, und Adenauer wusste sehr wohl davon, weil man im Kabinett oft genug über den Sowjetbotschafter sprach. Adenauer beklagte dort die überproportionale Anteilnahme, die dem neuen Botschafter in der deutschen Presse zuteil würde. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als sei Sorin in Bonn „persona gratissima“¹⁵⁰. Der Bundeskanzler hätte Anfang 1956 oft genug korrigierend eingreifen können. Er hatte sich bei der Ernennung Brentanos ausdrücklich „die Angelegenheiten der Sowjetunion“ zur eigenen Bearbeitung vorbehalten.¹⁵¹ Warum, so fragt man sich bei der Lektüre der „Erinnerungen“, kam es erstmals zu einem Gespräch zwischen Adenauer und Sorin, als der Botschafter seinen Abschiedsbesuch machte? Warum konnte Sorin am Ende behaupten, kein deutscher Politiker habe mit ihm über die Wiedervereinigung gesprochen?¹⁵² Brentano hatte in einem Interview erklärt, er halte es für möglich, dass Sorin die Frage der Wiedervereinigung anschneiden werde. Er werde einem solchen Gespräch nicht ausweichen, es aber auch nicht suchen, da Verhand-

lungen mit Moskau über die deutsche Frage bekanntlich den westlichen Alliierten vorbehalten seien und nicht von der Bundesregierung geführt werden könnten.¹⁵³ Hier wird wieder einmal aus der mangelnden Entscheidungsbefugnis in gesamtdeutschen Angelegenheiten in überspitzter Konsequenz abgeleitet, dass man nicht einmal ein Gespräch mit dem Sowjetbotschafter über dieses Thema anschneiden dürfe.

Auch Adenauers erstes und einziges Gespräch mit dem scheidenden Botschafter Moskaus, das er in seinen Memoiren ziemlich ausführlich wiedergibt,¹⁵⁴ hatte nur den Charakter eines unverbindlichen Höflichkeitsbesuchs. Es dauerte ganze 13 Minuten.¹⁵⁵ Der Kanzler versicherte dem Botschafter, er habe sich als „Eisbrecher“ Verdienste erworben – ein sicherlich zutreffendes Bild, obwohl offen blieb, wie viel von dem Bonner Eis er in sechs Monaten brechen konnte. Statt dieser Plauderei hätte der Kanzler ihm nach Moskau eine politische Botschaft für Bulganin mitgeben können, eine Botschaft zur Erinnerung an die immer noch wachen Hoffnungen der Deutschen auf die Lösung ihrer nationalen Frage oder eine Einladung an Bulganin und Chruschtschow zu einem Gegenbesuch in Bonn. Von dieser Gegeneinladung war schon andeutungsweise beim Abflug des Kanzlers in Moskau die Rede gewesen. Sorin hatte diese Idee verständlicherweise auch aufgeworfen.¹⁵⁶ Die beiden Sowjetführer, die mit sichtlichem Vergnügen andere westliche Hauptstädte besuchten, wären zweifellos auch einer Einladung nach Bonn gefolgt, wenn die Bundesregierung den Willen gehabt hätte, die bilateralen Beziehungen aus dem Gefrierfach zu holen und sie aktiv zu pflegen. Nichts dergleichen wurde besprochen. Als Sorin am 18. Juli abflog, hatte er noch ein letztes Wort für die vielen Journalisten, die nach Wahn gekommen waren: „Ich hoffe, daß in Bonn das Wetter besser wird.“¹⁵⁷

Die brüske Abberufung Sorins hatte für die Bundesregierung eine vorteilhafte Entwicklung in ihren Beziehungen

zu den westlichen Verbündeten: Die vielfältigen Spekulationen über heimliche Absprachen zwischen Bonn und Moskau fanden keine neue Nahrung mehr. Man glaubte der Bundesregierung jetzt endlich, dass der direkte Draht zum Kreml nicht genutzt wurde.¹⁵⁸

Sorins Nachfolger Smirnow

Der Nachfolger, Andrej Andrejewitsch Smirnow, kam nach einem viermonatigem Interregnum in Bonn an. Die Sowjets ließen damit zum ersten Mal seit ihrer Einladung Adenauers nach Moskau erkennen, dass auch sie keine Eile mehr hatten. Smirnow profitierte von dem Bedauern des Kanzlers, dass man seinen Vorgänger doch zu schlecht behandelt hatte. Er blieb zehn Jahre. Schon vor seiner Ankunft versicherte der Kanzler, der neue sowjetische Botschafter werde so aufgenommen und behandelt wie jeder andere Botschafter in Bonn.¹⁵⁹ Dies war allerdings nicht durchzuhalten; denn Smirnow wurde kurz nach seiner Ankunft mit dem Erlass des Auswärtigen Amts konfrontiert, dass er jede Reise über 40 km vorher anmelden müsse. Die gleiche Regel galt bereits für das diplomatische Corps in Moskau, und das AA hatte schon lange geplant, sie im Wege der Gegenseitigkeit auch auf die Bonner Sowjetbotschaft anzuwenden. Die blutige Niederschlagung des ungarischen Aufstands gab den Anstoß dazu, dass Bonn dem Beispiel der Alliierten¹⁶⁰ folgte und den neuen Moskauer Botschafter mit der Einengung seiner Bewegungsfreiheit begrüßte.¹⁶¹

Dennoch entwickelte sich zwischen Adenauer und Smirnow „sehr bald ein persönlich gutes Verhältnis“. Der alte Herr fand den neuen Botschafter „eine durchaus sympathische Erscheinung“¹⁶². Er ging in den späteren Jahren so weit, dem Botschafter Smirnow (am Auswärtigen Amt vorbei) seine geheimsten Pläne zur Deutschlandpolitik zu stecken. Das war im März 1958 das so genannte Österreich-Modell,

bei dem die DDR nach dem Muster des österreichischen Staatsvertrags ihre Selbstbestimmung gegen den Preis der Neutralität erhalten sollte. Den Sowjets war dieser Plan nicht einmal eine Antwort wert, und Adenauer kam nicht mehr darauf zurück. Im Juni 1962 unterbreitete der Kanzler dem Sowjetbotschafter den „Burgfriedensplan“, in dem vorgeschlagen wurde, die bestehenden politischen Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands für zehn Jahre einzufrieren, damit sich die Lage in dieser Zeitspanne beruhige und später eine entspanntere Gesprächsatmosphäre bestehe.¹⁶³ Dieser zweite Plan wurde in Moskau wenigstens zur Kenntnis genommen und vom sowjetischen Kabinett (Ministerrat) in aller Form abgelehnt. Beide Pläne kamen viele Jahre zu spät. Vielleicht hätten sie nicht einmal vor der Ratifizierung der Pariser Verträge eine Chance gehabt.

Der erste Bonner Botschafter in Moskau

In Bonn ließ man sich bekanntlich Zeit mit der Eröffnung der Moskauer Botschaft. Es gab allerdings große Schwierigkeiten bei der Immobiliensuche in der sowjetischen Hauptstadt. Die bis 1941 benutzte deutsche Botschaftskanzlei war in die Hände der DDR-Vertretung übergegangen. Eine neue Kanzlei zu finden, war bei dem schlechten baulichen Zustand der meisten Moskauer Paläste und Villen aus der Zarenzeit keine einfache Aufgabe. Auch die Privatunterkünfte der Botschaftsangehörigen mussten mühevoll ausgehandelt werden. Die sowjetische Seite bestand darauf, dass alle in einem einzigen Hochhaus zusammen untergebracht würden. Die Deutschen wehrten sich gegen diese Art der Kasernierung, aber die Russen saßen am längeren Hebel. Sie setzten es durch, dass alle deutschen Familien in einen prosaischen Neubau eingewiesen wurden und dass einige russische Mieter in dem hellhörigen Haus wohnen blieben.